
Der Zweck von Politik und Wirtschaft

Neue Herausforderungen für die Sozialwissenschaften im Zeitalter der Globalisierung

Bernhard Vogel

„Was wir brauchen, ist eine Zusammenarbeit im Sinne einer Menschheitsfamilie der ganzen Welt.“ Das sagte Konrad Adenauer 1957 und er begründete seine These damit, dass „die Feinde von heute ... Armut, Unwissen, Krankheit und Diskriminierung“ heißen.

Um jene Feinde, die weiterhin die Entwicklung der Menschheit bedrohen, im Rahmen internationaler Zusammenarbeit wirksam zu bekämpfen, müssen wir – wie Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler gesagt hat – „die Zeit erkennen“. Darum bemüht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung insbesondere in ihrer internationalen Arbeit seit Jahrzehnten. Ihr Namensgeber ist unser Programm. Wer heute nach den Zeichen der Zeit Ausschau hält, stößt unweigerlich auf das Phänomen der Globalisierung. Das kürzlich auch in deutscher Sprache veröffentlichte „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ nimmt den Begriff der Globalisierung auf und zählt die so bezeichneten Veränderungsprozesse zu den „res novae“ – zu den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen also, auf die es noch nicht genügend schlüssige, menschengerechte Antworten gibt, die neue Ansätze und neue Lösungen erfordern – auch ethische Normen und Sinngebung.

Was wir unter dem Stichwort Globalisierung diskutie-

ren, ist umwälzend, aber wirklich neu ist die Thematik nicht. Man lese die Enzyklika *Pacem in terris* von Johannes XXIII. aus dem Jahr 1963:

„Die neueren Fortschritte in Wissenschaft und Technik, die das menschliche Verhalten so stark beeinflussen, leiten die Menschen der ganzen Erde zu immer größerer Zusammenarbeit und innerer Verbundenheit an ... Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen, den Familien und den internationalen sozialen Organisationen sind sehr stark angewachsen ... Die Volkswirtschaften der verschiedenen Staaten verflechten sich stufenweise so sehr, dass aus diesem Zusammenschluss gewissermaßen eine Wirtschaftsgemeinschaft der ganzen Welt entsteht.“

Unvorbereitet trifft das Phänomen der Globalisierung die Kirche und die Katholische Soziallehre nicht. *Pacem in terris* ist nur ein Beispiel. Die Pastorkonstitution *Gaudium et spes* würdigt die Rolle der internationalen Organisationen. Am Horizont wird eine auch institutionell verankerte „Gemeinschaft der ganzen Menschheit ...“, damit so die schweren Fragen unserer Zeit gelöst werden“, sichtbar. Die Enzyklika *Populorum progressio* Pauls VI. von 1967 entwirft ein entwicklungspolitisches Programm: „Entwicklung, der neue Name für Friede“!

Hinzu kommen unter anderem die 1971 verabschiedete Erklärung der römischen Bischofssynode „über die Gerechtigkeit in der Welt“, die Enzyklika *Evangelii nuntiandi* – ebenfalls im Pontifikat Pauls VI. – oder *Redemptor hominis* von Johannes Paul II. aus dem Jahr 1979 und *Sollicitudo rei socialis* 1987 – die zweite Enzyklika zum Thema Entwicklung: „Opus solidaritatis pax – Friede, die Frucht der Solidarität.“

Die Kirche und ihre Soziallehre haben die internationalen Veränderungsprozesse in den letzten Jahrzehnten stets kritisch, aufmerksam, aber konstruktiv begleitet: Nicht

anders bei der Frage der Globalisierung! Sie wird nicht verdammt; sie ist sogar Träger von Hoffnungen.

Die Globalisierung sei „ein zutiefst christliches Phänomen“, meinte ein nigerianischer Erzbischof in einer auch von zahlreichen europäischen Globalisierungsgegnern besuchten Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und erstaunt sie alle. Er verweist auf das tief verwurzelte biblische Glaubensgut, nach dem die Menschheitsfamilie die von Gott gekommene und in Babel verlorene Einheit wieder entdecken werde. Als Streben nach einer Weltgemeinschaft, die auf Menschenrechten und Freiheit sowie auf Teilhabe und Gleichberechtigung aller Menschen und Völker gründe, sei Globalisierung zu begrüßen.

Globalisierung ist per se weder gut noch schlecht. „Die Herausforderung besteht darin,“ so Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1998, „eine Globalisierung in Solidarität, eine Globalisierung ohne Ausgrenzung zu sichern.“ Entsprechende Rahmenbedingungen sind zu setzen – regional, national wie international.

Die „res novae“ sind nicht „determiniert“ (Kompendium der Soziallehre der Kirche), sondern gestaltbar, und sie müssen menschengerecht gestaltet werden. Es ist ein Fehler zu glauben, der derzeitige Globalisierungsschub wäre einfach über uns gekommen – ein Zufall oder Unglücksfall in der Menschheitsgeschichte. Im Gegenteil: Er ist das Ergebnis einer konsequent auf politische und wirtschaftliche Freiheit, auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt, auf Austausch von Wissen, auf offene Märkte und weltweite Zusammenarbeit setzenden Politik. Müssen wir uns – weil im Prozess der Globalisierung Auswüchse wie Egoismus, Habgier, maßlose Spekulation und Verantwortungslosigkeit mit Händen zu greifen sind, angesichts der herrschenden Armut und Ungerechtigkeit in der Welt – von dieser Politik lossagen?

Die christlich demokratische Bewegung in Europa hat

eine solche Politik immer mit befördert – ausgehend von einem Menschenbild, das dem einzelnen Verantwortungsfähigkeit und Entscheidungsspielräume zubilligt, ihm aber dort Grenzen auferlegt, wo blinder Fortschrittsglaube oder Machbarkeitswahn zu nicht kontrollierbaren, ungewollten, ungerechten oder moralisch verwerflichen Ergebnissen führt.

Die Globalisierung kann zu mehr Wohlstand und Gerechtigkeit weltweit führen, wenn sie möglichst viele menschliche Kräfte mobilisiert und wenn diese Kräfte auch dazu genutzt werden, Hilfe in der Not und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Es wäre unverantwortlich, die Chancen der Globalisierung zu übersehen.

Schon heute ist erkennbar, dass in den Ländern ein höheres Wachstum und ein verbesserter Lebensstandard entstehen, die sich öffnen und die notwendigen Anpassungs- und Modernisierungsschritte eingeleitet haben. Länder wie Nord-Korea, Kuba oder Myanmar, die sich von der Außenwelt abschotten, fallen hingegen zurück.

Die Globalisierung muss nicht von Nachteil für die Entwicklungsländer sein. Ihr Anteil am Welthandel hat sich von 19 Prozent im Jahr 1971 auf 29 Prozent im Jahr 1999 deutlich verstärkt. Längst sind die privatwirtschaftlichen Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer viel bedeutender als alle öffentlichen Entwicklungsgelder.

Gleichzeitig zeigen die Debatten um weltweite Gerechtigkeit, Umwelt- und Sozialstandards sowie die Bioethikdebatte, dass das enorm beschleunigte Innovationstempo zu einer Situation geführt hat, in der wir eine sehr viel stärkere Hinwendung zu einer Balance zwischen Fortschritt und Ethik, zwischen Wirtschaft und Moral und zwischen dem Machbaren und dem Vertretbaren brauchen.

Es gilt zu erkennen, dass das Globalisierungsphänomen mit ökonomischen Prozessen alles andere als hinreichend beschrieben ist. Die Globalisierung hat vor allem auch

eine noch weithin unterschätzte kulturelle und religiöse Dimension. Sie erfasst nicht mehr, wie in der Vergangenheit, vorwiegend nur die Eliten, sondern die Menschen aller Länder, Kulturen und Schichten. Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, dass überall in der Welt Menschen mit Verunsicherung reagieren oder sich sogar in ihrer Herkunft, Identität, Kultur oder Religion bedroht oder angegriffen fühlen – mit erheblichen Gefahren für den Frieden: Auch der moderne Terrorismus ist ein globales Phänomen!

Das freie Spiel der Kräfte reicht nicht aus! Schon deshalb führen alle Thesen von der Dominanz einer entfesselten Ökonomie über die Politik sowie über das Ende nationalstaatlicher Entscheidungen in die Irre. Wir brauchen keineswegs weniger politische Gestaltung. Was wir brauchen, ist eine vorausschauende, international kooperierende Politik, die sich konsequent ihrer eigentlichen Aufgabe widmet: der Gestaltung von – aus ihrem Werteverständnis abgeleiteten, die Würde des Menschen sichernden – Rahmenbedingungen.

Dies aber erfordert zunächst eine völker- und kulturübergreifende Verständigung über Grundelemente eines weltweiten Ethos. Noch ist Globalisierung zu sehr das Ergebnis weitgehend unkoordinierter menschlicher Aktivitäten.

Wir müssen feststellen, dass die Wertedebatte mit den ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen nicht Schritt gehalten hat. Ein Zeichen dafür ist die zunehmende Zahl der Globalisierungskritiker, die soziale, ökologische und politische Verwerfungen beklagen: Ernstzunehmende und nachdenkliche Menschen aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich, aus Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft äußern Vorbehalte.

Man muss ihre Argumente und Schlussfolgerungen nicht teilen, doch wo die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern durch die Globalisierung vertieft wird, wo so-

ziale Ungerechtigkeiten zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern, aber auch durch unerwünschte Umverteilungsprozesse innerhalb der Nationen entstehen, werden Fehlentwicklungen zu Recht angeprangert.

Solange rund drei Milliarden Menschen mit weniger als zwei Dollar pro Tag leben müssen, solange ist Kritik notwendig, solange ist man gegenüber von Globalisierungsgegnern in der Defensive und solange sind wir zweifellos aufgefordert, uns für eine „bessere Globalisierung“ (Horst Köhler) einzusetzen.

Gibt es Wege? Gibt es Wegweiser?

„In einer schwierigen Situation, in der wir heute gerade auch durch die Globalisierung der Wirtschaft stehen, ist die Soziallehre zu einer grundlegenden Wegweisung geworden, die über die Kirche hinaus Orientierungen bietet“, schreibt Papst Benedikt XVI. in seiner ersten Enzyklika *Deus caritas est*.

Die Katholische Soziallehre gibt die Perspektive einer Wirtschafts- und Sozialordnung, die einerseits sichert, dass jeder Mensch die ihm gemäßen Chancen ergreifen kann, die aber auch verhindert, dass Menschen an den Rand gedrängt werden. Sie folgt der anthropologischen Prämisse, dass der Mensch Vorrang hat, auch „Ursache, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft“ ist (*Gaudium et spes*). Die Wirtschaft dient „allen Wertbereichen menschlichen Lebens“, so der eng mit dieser Hochschule verbundene Joseph Kardinal Höffner.

Zwar präjudiziert diese anthropologische Vorgabe eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, doch garantieren Markt und Wettbewerb allein noch keine menschengerechte Entfaltung der Person: Die Katholische Soziallehre weist einen dritten Weg: nicht Sozialismus und nicht Kapitalismus und

auch nicht „ungehemmter“ Liberalismus. Die Freiheit des Eigentums, die Freiheit des Wirtschaftens verbinden sich mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber.

Die Katholische Soziallehre entwirft keine exakte Blaupause für den Bau einer gerechteren Wirtschafts- und Sozialordnung in der Welt von morgen. Sie ist ein „System offener Sätze“ (Hermann Josef Wallraff). Dennoch hat sie zum Beispiel in Deutschland das Modell der Sozialen Marktwirtschaft maßgeblich mit beeinflusst, das nach dem Zweiten Weltkrieg zur Grundlage eines beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus wurde und das für die christlich demokratische Bewegung Deutschlands das wirtschaftsethische und gesellschaftspolitische Leitbild bleibt.

So sehr ich als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung dafür eintrete, dass wir noch aktiver als bisher Ideen einer modernen Sozialen Marktwirtschaft entwickeln und in die Globalisierungsdebatte einspeisen, dass wir für diese Positionen werben und sie in praktische Politik umsetzen, so sehr bitte ich Sie, dasselbe aus Ihrer Sicht zu tun.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es sehr wohl möglich ist, aus unseren grundsätzlichen Einsichten konkrete Richtlinien für eine globale Ordnungspolitik abzuleiten:

- die Formulierung und Kontrolle anerkannter Spielregeln für die Beteiligung an der Globalisierung – etwa für mehr Transparenz der Kapitalströme, effektivere Finanzaufsicht und wertebasierte Unternehmensführung;
- die Sicherstellung eines Existenzminimums: etwa durch unmittelbare Nahrungs- oder Arzneimittelhilfen, wo es nötig ist;
- Gewährleistung von Entwicklungschancen durch „Hilfe zur Selbsthilfe“: das heißt Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur, vor allem der Wasserversorgung oder Gesundheitsvorsorge;

- Teilhabe an den neuen Möglichkeiten der Globalisierung durch Bildung, durch Zugang zu den Märkten („Hilfe durch Handel“), gerade auch für Agrarprodukte;
- durch politische Beteiligung in den internationalen Organisationen;
- durch die Einführung von Mindeststandards – soziale wie ökologische – im Prozess des Wirtschaftens;
- durch Schutz des materiellen und geistigen Eigentums;
- durch Verhinderung von Kartell- und Monopolbildung, durch multilaterale Handelsabkommen;
- durch Unterstützung des Mittelstands.

Es gibt viele Ansätze, viele Ideen!

Wir brauchen eine engere internationale Zusammenarbeit, auch Institutionen, die sich um globale Probleme bemühen. Nur bitte, überschätzen wir die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Staatenwelt zur Selbstkoordination nicht! „Faire Chancen für alle“ lassen sich nicht einfach weltweit verordnen.

Es entspricht dem Prinzip der Subsidiarität, dass, wo es möglich ist, regionale und sektorale Vereinbarungen zwischen staatlichen oder auch privaten Partnern praktikabler und wirksamer sind. Solidarität und Gerechtigkeit müssen auch auf globaler Ebene von jedem einzelnen und der Allgemeinheit ausgehen. Die internationale Zusammenarbeit kann die nationale Eigenverantwortung nicht ersetzen.

„Jedes Volk muss die Last und die Verantwortung für seinen Fortschritt selbst tragen“, heißt es in der Enzyklika *Populorum progressio*, dem zukunftsweisenden entwicklungspolitischen Programm Papst Pauls VI. Ohne verlässliche Regierungsführung, ohne Rechtsstaat, wenn Korruption herrscht, lassen sich Finanzkrisen, soziale Ungerechtigkeit, Armut und Hunger nicht bekämpfen. Unterentwicklung hat nicht zuletzt auch politische Ursachen.

Reiche Nationen sind dadurch nicht von ihren Hilfsverpflichtungen gegenüber armen Ländern entbunden. Sie

sind im Gegenteil sogar zusätzlich gefordert: Neben der Hilfeleistung beim Aufbau der Wirtschaft und der Infrastruktur tritt die Aufgabe der Demokratie- und Rechtsstaatsförderung, der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Verbreiterung politischer Mitwirkung.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung – und mit uns die anderen Politischen Stiftungen in Deutschland – verfügen auf dem Feld der Demokratieförderung über das dichteste Netzwerk weltweit und den größten Wirkungsradius.

Eine sozial verträglichere Globalisierung beginnt vor Ort – nicht nur in den Entwicklungsländern, selbstverständlich auch in Italien, Deutschland und der gesamten Europäischen Union. Wir brauchen ein verändertes Bewusstsein von internationaler Interdependenz und internationaler Solidarität. Noch nehmen wir zu wenig zur Kenntnis, was Globalisierung auch bedeutet: Globalisierung bedeutet auch, dass Millionen Menschen in der Welt ähnliche Fähigkeiten entwickeln und ähnliche Lebensansprüche stellen wie wir. Es war einmal unsere große Hoffnung, dass andere eines Tages so leben könnten wie Europäer oder Amerikaner!

Noch immer stehen mindestens drei Milliarden Menschen auf der Welt schlechter da als wir in Europa. Niemand hat das Recht, ihnen zu verbieten, dass sie durch Anstrengung und Fleiß, durch Ideen und Produkte ihr Los verbessern wollen. Wir sollten uns nicht wünschen, Konkurrenz und Wettbewerb außen vor zu lassen. Sondern wir müssen beweisen, dass wir in bestimmten Bereichen besser sind als andere, um unseren Lebensstandard zu halten.

Wenn die Wirtschaft in Entwicklungsländern wächst, muss es nicht zum Schaden für die Menschen in den Industrieländern sein. Dennoch überwiegen die Befürchtungen: Nach einer Umfrage des Eurobarometers denken 36 Prozent der EU-Bürger beim Begriff Globalisierung als erstes an Unternehmensverlagerungen. In Frankreich sind es so-

gar 56 Prozent. Wie können wir annehmen, dass sich die Menschen bei uns den künftigen Herausforderungen stellen, wenn sie die Globalisierung hauptsächlich als Bedrohung empfinden?

Es ist zweifellos richtig, was Erzbischof Renato Martino, Präsident des Päpstlichen Rates *Iustitia et Pax*, zum Thema Globalisierung gesagt hat. Man muss hinter Börsenbilanzen die Kleinsparerguthaben und hinter Arbeitszeitflexibilisierung die Familien im Blick behalten. Die Schwachen sind zu schützen. Niemand darf verloren gehen. Aber zugleich sehe ich die Gefahr, dass sich viele Menschen allzu leicht als Opfer der Verhältnisse verstehen. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist motivationshemmend.

Arme, Alte und Behinderte, Arbeitslose und Ausgebeutete müssen Themen der Sozialforschung bleiben. Aber ich bin überzeugt, dass wir einem passiven Menschenbild entgegenwirken müssen. Der Mensch ist mit Freiheit begabt. Ihm sind Gestaltungs- und Leistungskraft geschenkt, soziale Kompetenzen sind ihm eigen. Statt in angstvoller Negation künftiger Entwicklungen zu leben, brauchen wir mehr Selbstvertrauen und Neugier auf die Zukunft. Zukunft ist immer Wagnis! Zukunft ist immer Hoffnung – auch in Zeiten der Globalisierung!

Es geht um Gerechtigkeit und Solidarität, aber ebenso sehr um die Stärkung des Freiheitsgedankens. Einer Freiheit, die nicht Beliebigkeit, nicht egoistische Rücksichts- und Anstandslosigkeit bedeutet, sondern Freiheit in Verantwortung – für sich, die eigene Familie und die Gesellschaft. Der Staat kann nicht alle Nöte beheben. Aber er muss stärker als bisher, gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen, den Schwächeren – denen, die sich zu den Globalisierungsverlierern rechnen – die Sicherheit vermitteln, dass sie nicht aufgegeben sind und nicht chancenlos bleiben. Es reicht nicht, Abfindungen zu zahlen oder ein Existenzminimum zu garantieren. Man muss diese

Menschen auch aktivieren und in die Lage versetzen, die sich eröffnenden Möglichkeiten zu ergreifen.

Was ist zu tun, um den Menschen konkret zu vermitteln, dass niemand ausgegrenzt wird und isoliert ist? Wie überwinden wir Selbstgenügsamkeit, Pessimismus und Zukunftsangst? Wie schaffen wir glaubwürdige motivierende Zukunftsperspektiven? Wie machen wir die Menschen stark genug, damit sie neuen Unsicherheiten gewachsen sind und sie die neue Unübersichtlichkeit einer globalisierten Welt meistern? Wie bilden wir ein Bewusstsein von der Einheit der Menschheitsfamilie heran, dass man Solidarität und Gerechtigkeit nicht nur für sich selbst beansprucht, sondern darin ein universales Prinzip entdeckt?

Das sind einige Fragen, die mich aus meiner europäischen und deutschen Sicht bewegen. Einige Antworten zu diesen Fragen sind in dem vorliegenden Band versammelt, in dem Sichtweisen aus verschiedenen Ländern und dementsprechend aus verschiedenen Perspektiven vorgestellt werden. Dieser internationale Dialog ist unverzichtbar, denn belastbare Lösungen für die brennenden sozialen Fragen unserer Zeit können nur im Miteinander gefunden werden.

Tragen wir die Orientierung des christlichen Glaubens „dem Geist und der Praxis nach in das wirkliche gesellschaftliche Leben“ (Adolph Kolping) hinein!